

V-1 Fördermittel für politische Bildung und Demokratieförderung ausbauen!

Gremium: 2. Länderrat 2023
Beschlussdatum: 17.12.2023
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Anzahl von rechtsextremen Vorfällen hat im letzten Jahr einen neuen und
2 beunruhigenden Rekord erreicht. Auch die politisch motivierten rechtsextremen
3 Straftaten, Angriffe auf religiöse Einrichtungen sowie Queer- und
4 Frauenfeindlichkeit nehmen zu. Deutschlandweit sind antidemokratische,
5 fremdenfeindliche und diskriminierende Strömungen sowie eine gesellschaftliche
6 Verrohung auf der Tagesordnung. Auch sehen wir ein stetig abnehmendes Vertrauen
7 in die Politik und eine desaströse Wahlbeteiligung. Es gibt immer weniger
8 Bedenken, offen rechte Meinungen in die Gesellschaft zu bringen, was mit einer
9 Renaissance der Rechten einhergeht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dem Einhalt zu
10 gebieten. Das erreichen wir im Kampf für eine soziale Politik und auch dadurch,
11 dass wir uns laut gegen Hass, Hetze und Gewalt positionieren.

12 Die Situation in Deutschland ist ernst. Um den rechten und autoritären
13 Strömungen, jeder Form von Diskriminierung sowie der Politikverdrossenheit etwas
14 entgegen zu setzen, ist es jetzt notwendig, **neben dem Kampf für eine wirklich**
15 **soziale Politik, auch** Programme zur politischen Bildung und Demokratieförderung
16 auszubauen und besser, dauerhaft und verlässlich zu finanzieren.

17 Die rücksichtslose Kürzungspolitik der Ampelregierung stellt eine echte Gefahr
18 für uns alle dar und wirkt sich auch auf die Demokratieförderung und politische
19 Bildung aus. Im kommenden Bundeshaushalt wurden die Mittel für politische
20 Bildung und Demokratieförderung nach den anfänglich geplanten Kürzungen nun beim
21 Wert vom Vorjahr belassen. Mit der aktuellen Inflation wären gleichbleibende
22 finanzielle Mittel eine reelle Kürzung. Somit wird ein einfaches „Weiter so“ dem
23 Ernst der Lage also nicht länger gerecht.

24
25 Für viele Beratungsstellen, politische Bildungseinrichtungen und
26 zivilgesellschaftliche Projekte bedeuten Kürzungen das Aus. Gerade in
27 Ostdeutschland, wo ehrenamtliches Engagement nicht so tief verankert ist, stellt
28 das unsere Gesellschaft vor existenzielle Herausforderungen. Die Menschen, die
29 sich vor Ort gegen erstarkende extremistische Kräfte einsetzen, dürfen hier
30 nicht im Stich gelassen werden.

31 Neben den Erhöhungen müssen die Mittel schnell zur Verfügung gestellt werden und
32 leicht für die Verbände und Organisationen abrufbar sein. Unnötige Hürden und
33 Verzögerungen bei der Auszahlung sind inakzeptabel, behindern die Arbeit der
34 Organisationen **und gefährden Arbeitsplätze von Beschäftigten in diesen**
35 **Bereichen**. Mit Hilfe dieser Angebote kann man rechtes Gedankengut und
36 antidemokratische Ansichten bereits an der Wurzel bekämpfen.

37
38 Es braucht jetzt Planungssicherheit und klare Zusagen, damit die
39 Zahlungsfähigkeit der Träger ab Januar sicher gestellt wird und die Arbeit im
40 ersten Schritt überhaupt fortgeführt werden kann. **Soziale Politik erkämpfen und**
41 **politische Bildung ermöglichen - und zwar jetzt!**